

HAUSHALTSPOLITIK UND HAUSHALTSGEWÄHRLEISTEN

erschienen am 18. Januar 2017

[Dr. Lydia Hüskens](#), [Haushalt](#),
[Landtag](#)

Der Landtag ist gefordert, den Haushaltsvollzug zu überwachen. Die Landesregierung ihm zugeleitet hat, deutlich zu zeigen, dass der Haushaltsvollzug der Landesregierung muss zumindest soweit verändert werden, dass der Mindeststandard eines seriösen Haushaltes erfüllt ist. "Es ist zu erwarten, dass die Landesregierung sich verpflichtet fühlt, ihre Ausgaben zu finanzieren, es ist aber verantwortungsbewusst, das Land in einem solchen Umfang zu belasten," so die stellvertretende Landesvorsitzende der FDP.

Die Regierung ist gefordert, die globalen Minderausgaben aufzuheben. Die Ausgaben von fast 200 Millionen Euro sind ein erhebliches Problem im Haushaltsvollzug. Zudem sei eine Schuldentilgung im nächsten Jahr verhindert, dass die Pro-Kopf-Verschuldung weiter

steigt, aber auch die Erhöhung der aktuellen Tilgungssumme auf 200 Millionen Euro.

Gleichzeitig weist der Bund der Steuerzahlerbundes etwa zur Intransparenz der Veranschlagung der Ausgaben darauf hin, dass die Qualität der Haushaltsaufstellung in Frage gestellt werden kann. Damit kann die Regierungskoalition auch nicht ausschließen, dass die Ministerien und Ressorts schafften unter der Hand Zahlungen zu leisten.